

# Kulturgut statt Kulturkampf

Von Monika Grütters

Es wäre naiv zu glauben, dass eine Absage der Ausstellung zur Aufklärung auch nur einen chinesischen Funktionär umgestimmt hätte. Ai Weiwei ist inhaftiert, und er wäre inhaftiert geblieben. Wir brauchen offene Kulturpolitik genau in diesen Situationen – sie ist oftmals die einzige Verbindung von geschlossenen Gesellschaften zur Außenwelt.

Die Bedeutung der Kulturpolitik hat enorm zugenommen. Dazu gehört es auch, sich immer wieder Rechenschaft abzulegen darüber, warum und wie wir Kulturpolitik in Deutschland und auch unsere Kulturpolitik im Ausland verstehen, wie wir sie gestalten. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ist heute ein integraler Bestandteil der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, deren grundsätzliche Aufgabe es ist, Verbindungen zu anderen Kulturen und Ländern herzustellen, diese zu pflegen und dabei gleichzeitig einen Beitrag zur Wahrung und Förderung der deutschen Interessen im Ausland zu leisten.

Die Aufgaben werden durch eine Vielzahl unabhängiger Mittlerorganisationen wahrgenommen. Gerade in hermetischen Gesellschaften erreichen wir so die betroffene Zivilgesellschaft über unser Engagement am besten: In Nordkorea mit einem Lesesaal, in Afghanistan mit Mädchenschulen, in Teheran (Iran) haben wir die Verträge mit DAAD und DAI wieder unterschrieben, in Vietnam den „Parzifal“ mit einheimischen Schauspielern aufgeführt, in China waren wir vor zwölf Jahren die erste Nation, die ein Kulturinstitut eröffnen konnte, heute sind die wir die Einzigen, die zwei haben.

## Im Dienst der Menschenrechte

In China ist die Ausstellung zur „Aufklärung“ durch die drei großen deutschen Museumszentren im neuen Chinesischen Nationalmuseum auf dem Platz des Himmlischen Friedens am 1. April eröffnet worden, kurz drauf wurde vor den Augen der Welt der wohl berühmteste Künstler Chinas, Ai Weiwei, verhaftet. Seitdem sehen wir uns Vorwürfen ausgesetzt, wir seien naiv, degradierten uns mit Großprojekten wie diesem zur Dekoration totalitärer Regime, und das alles im Zweifelsfall der wirtschaftlichen Interessen wegen. Ich kann dazu nur sagen: Wir machen Museumspolitik nicht statt Menschenrechte, sondern im Dienst der Menschenrechte. Ziel unserer Anstrengungen sind in der Regel nicht die Administration, die Politik oder deren Funktionäre, sondern die Zivilgesellschaft – die Menschen.

Einen trotzigen Abbruch der deutschen Ausstellung zur „Kunst der Aufklärung“ in Peking lehne ich ab, denn einen Wettlauf der Rigorismen haben wir alle nicht nötig. Eine Schließung würde keinen chinesischen Funktionär beeindrucken und schon gar nicht zur Freilassung Ai Weiwis führen, sondern vor allem das deutsche Gewissen beruhigen. Die Schließung der Ausstellung wäre ein Einknicken gegenüber dem System. Denn wer Ateliers verwüstet, der verwüstet auch die Seelen der Menschen.

## Es gilt, Haltung zu bewahren

Wir sind nicht so naiv zu glauben, dass wir auch nur einem einzigen Funktionär den Kopf verdrehen könnten; aber die Menschen, die unter den Restriktionen leiden, für die sind unsere Kultur-, Bildungs- und Kooperationsangebote oft der einzige Hoffnungsschimmer. Daher gilt jetzt mehr denn je, auch und nicht zuletzt in China: Haltung bewahren.

Denn gerade in hermetischen Gesellschaften haben wir mit dem Prinzip Wandel durch Annäherung über die Kultur weit mehr erreicht als über die Politik, die Wirtschaft, die Diplomatie.

Wie groß die Kraft der Kultur ist, haben die Chinesen genau dadurch demonstriert, dass sie gerade einen Künstler seiner Freiheit beraubt haben. In unserem Kulturverständnis verbreiten wir Werte wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz – und weltweit haben diese Kulturen noch jedes politische System überlebt.

*Erschienen: The European, 10.06.2011.*